



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief November 2020

EU Informationen

Stärkung der Jugendgarantie

Die EU-Mitgliedstaaten haben den Vorschlag der EU-Kommission zur Stärkung der [Jugendgarantie](#) einstimmig angenommen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bleibt - auch im Kontext der Covid-19-Pandemie - eine der Prioritäten der europäischen Agenda.

Europäischer Gleichstellungsindex 2020

Wie wirkt sich die Digitalisierung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im täglichen Leben und in der Arbeitswelt aus? Damit beschäftigt sich der [Gleichstellungsindex 2020](#) des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE).

Siehe dazu auch die [Pressemitteilung des BMFSFJ](#).

EU-Bildungsbericht veröffentlicht

Die EU-Kommission hat den Bericht ["Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung"](#) (Education and Training Monitor) veröffentlicht, der jedes Jahr über die Fortschritte der 27 EU-Mitgliedstaaten bei der Erreichung gemeinsamer Bildungsziele auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (Education and Training 2020/"ET2020") berichtet. Ein wichtiges Bildungsziel betrifft die Beschäftigungsquote von jungen Absolventen/innen.

Zweite Förderrichtlinie für das Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern"

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat Ende Oktober 2020 eine [neue Förderrichtlinie des Bundesprogramms "Ausbildungsplätze sichern"](#) zur Förderung einer vorübergehenden Auftrags- und Verbundausbildung veröffentlicht. Die Maßnahme vervollständigt das Bundesprogramm, das Ausbildungsbetriebe und Auszubildende in der Corona-Pandemie unterstützen soll.

Ausschreibung für Innovationen für Bildung und Informationszugang

Am 24. November startete die [dritte Ausschreibung im neuen Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen](#) (IGP) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Im Fokus stehen dann Innovationen für Bildung und Informationszugang mit hohem "sozialem Impact". Antragsberechtigt sind innovative kleine und mittlere Unternehmen, inklusive Start-ups, Freiberufler und gemeinnützige Unternehmen.

Jobcenter gE: Zuweisung und Ausgaben für "SGB II-Eingliederungsleistungen" 2012 bis Oktober 2020

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) berichtet aktuell, dass bis April 2020 die 12-Monatssumme der Ausgaben der Jobcenter gE ("gemeinsame Einrichtungen" von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen) für "Leistungen zur Eingliederung gemäß SGB II" (SGB-II-Eingliederungsleistungen) auf 3,207 Mrd. Euro gestiegen ist. Dann endete der Anstieg dieser Ausgaben, der ein Jahr nach der Bundestagswahl 2017 begann. Nach April 2020 sanken diese Ausgaben (einschließlich der Ausgaben nach dem am 28. März 2020 in Kraft getretenen Sozialdienstleister-Einsatzgesetz - SodEG) auf 3,123 Mrd. Euro in den 12 Monaten von November 2019 bis Oktober 2020.

Für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" im Haushaltsjahr 2020 zugeteilt wurden den 302 Jobcentern gE insgesamt 3,799 Mrd. Euro. Nach 2019, als von den Jobcentern

gE 702 Millionen Euro der zugeteilten Bundesmittel in Höhe von 3,681 Milliarden Euro nicht für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" ausgegeben wurden, werden 2020 von den Jobcentern gE voraussichtlich ebenfalls etwa 700 Millionen Euro nicht für diese "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" (einschließlich der Ausgaben nach dem SodEG) ausgegeben.

[Weitere Infos und BIAJ Abbildung](#)

Statistik über den Ausbildungsmarkt: Betriebliche Berufsausbildungsstellen und einmündende Bewerber/innen – Berichtsjahre 2017/18 bis 2019/20

Laut BIAJ gab es im Berichtsjahr 2019/2020 (30. September 2020): 472.981 gemeldete Bewerber/innen für Berufsausbildungsstellen insgesamt, das sind 7,6 Prozent (38.818) weniger als ein Jahr zuvor (+2,7 Prozent in HB bis -13,6 Prozent in MV) bzw. 11,7 Prozent (62.642) weniger als zwei Jahre zuvor (-5,5 Prozent in HB bis -20,5 Prozent in MV).

216.156 einmündende Bewerber/innen, 13,5 Prozent (33.815) weniger als ein Jahr zuvor (-8,7 Prozent in SN bis -19,2 Prozent in MV) bzw. 17,3 Prozent (45.203) weniger als zwei Jahre zuvor (-12,6 Prozent in HB bis -25,7 in MV).

514.571 gemeldete betriebliche Berufsausbildungsstellen, 7,5 Prozent (41.470) weniger als ein Jahr zuvor (-2,8 Prozent in BB bis -14,9 Prozent in HH) bzw. 5,9 Prozent (32.005) weniger als zwei Jahre zuvor (+3,2 Prozent in HB bis 15,1 Prozent in HH).

454.623 rechnerisch besetzte (oder stornierte) betriebliche Berufsausbildungsstellen, 9,6 Prozent (48.281) weniger als ein Jahr zuvor (-4,1 Prozent in MV bis -21,1 Prozent in TH) bzw. 7,0 Prozent (34.297) weniger als zwei Jahre zuvor (+3,8 Prozent in HB bis -18,2 Prozent in TH).

575 einmündende Bewerber/innen pro 1.000 rechnerisch besetzte Berufsausbildungsstellen, 4,3 Prozent (22) weniger als ein Jahr zuvor bzw. 11,1 Prozent (59) weniger als zwei Jahre zuvor.

[Hier](#) die detaillierten Daten aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit über den Ausbildungsmarkt in den Ländern

“hib“ und “DIP“– Meldungen November 2020 – In chronologischer Reihenfolge

Ausbildungsreife versus Berufswahlkompetenz

Die Enquete-Kommission "Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt" hat in ihrer 27. Sitzung online über das Thema "[Ausbildungsreife versus Berufswahlkompetenz](#)" beraten. Die externen Sachverständigen plädierten dafür, die berufliche Orientierung als einen Prozess zu sehen.

Quelle: hib-Meldung 1182 vom 02.11.2020

Zahl neuer Integrationskursteilnehmer (Drucksache-DS:19/23574 - Bilanz der Integrationskurse, Orientierungskurse und Deutsch-Tests für Zuwanderer)

Die Zahl neuer Integrationskursteilnehmer ist laut Bundesregierung von 339.578 im Jahr 2016 über 291.911 beziehungsweise 202.933 in den beiden Folgejahren auf 176.445 im vergangenen Jahr zurückgegangen. Dabei stieg der Anteil der Teilnehmer mit Teilnahmeverpflichtung zunächst von 54,3 Prozent im Jahr 2016 auf 66,1 Prozent im folgenden Jahr, um dann über 63,5 Prozent im Jahr 2018 auf 58,4 Prozent im vergangenen Jahr zurückzugehen, wie aus der Antwort der Bundesregierung ([19/23574](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([19/22708](#)) weiter hervorgeht.

Quelle: hib-Meldung 1184 vom 03.11.2020

Höhere Regelsätze in der Grundsicherung ab Januar (Drucksache-DS:19/22750 - Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes)

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat am Mittwochvormittag den Weg frei gemacht für die Erhöhung der Regelbedarfe in der Grundsicherung ab Januar 2021. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD sowie der FDP-Fraktion stimmte der

Ausschuss für den entsprechenden Gesetzentwurf ([19/22750](#)) der Bundesregierung zur Ermittlung von Regelbedarfen in geänderter Fassung.

Der Gesetzentwurf sieht vor, den Regelsatz für eine alleinstehende Person auf 446 Euro pro Monat anzuheben. Wer mit einer anderen Person in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, erhält künftig 401 Euro. Kinder bis fünf Jahre sollen ab Januar 283 Euro erhalten, Kinder von sechs bis 13 Jahre erhalten 309 Euro und für Jugendliche bis einschließlich 17 Jahre steigt der Regelsatz auf 373 Euro. Angehoben werden die monatlichen Leistungen aber nicht nur in der Grundsicherung für Arbeitssuchende, sondern unter anderem auch in der Sozialhilfe und im Asylbewerberleistungsgesetz.

Abgelehnt wurden verschiedene Anträge der Opposition zum Thema: Ein Antrag ([19/23128](#)) der AfD-Fraktion zum Taschengeld für in Heimen lebende Menschen; ein Antrag ([19/23113](#)) der Linken und ein Antrag ([19/23124](#)) von Bündnis 90/Die Grünen, in denen die Fraktionen jeweils eine andere Berechnung der Regelsätze in der Grundsicherung fordern.

Quelle: hib-Meldung 1189 vom 04.11.2020

Erfolg der Aktionen für mehr Mädchen im MINT-Bereich (Drucksache-DS:19/23638 - *MINT-Aktionsplan und die zielgruppengerichtete Ansprache von Mädchen und Frauen*)

Die Vorhaben für die Umsetzung des MINT-Aktionsplans wurden zeitgerecht umgesetzt (MINT: Mathe, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Auch die für 2020 geplante Bekanntmachung der Förderrichtlinien zur "MINT-Forschung" soll pünktlich erfolgen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/23638](#)) auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ([19/23249](#)).

Die aktuellen Statistiken würden zeigen, dass sich insgesamt der positive Trend der vergangenen Jahre, mehr Mädchen und Frauen für den MINT-Bereich zu gewinnen, bestätige. Es verdeutliche sich, dass die von vielen Institutionen und Aktiven bundesweit unternommenen Anstrengungen Wirkung zeige. Die Bundesregierung unterstreicht, dass sich der MINT-Aktionsplan im Handlungsfeld 3 den Chancen von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich widmet. Dessen hohe Bedeutung werde in den direkt auf die Zielgruppe zugeschnittenen Fördermaßnahmen deutlich. Zudem sei die Förderung von Mädchen und jungen Frauen im MINT-Bereich eine Querschnittsaufgabe bezüglich aller neuen Fördermaßnahmen.

Quelle: hib-Meldung 1205 vom 09.11.2020

Beschäftigungssicherung in Pandemiezeiten (Drucksache-DS:19/23480 - *Entwurf eines Gesetzes zur Beschäftigungssicherung infolge der COVID-19-Pandemie – Beschäftigungssicherungsgesetz – BeschSiG*)

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat am Mittwochvormittag den Weg frei gemacht für die Verlängerung der Kurzarbeit- und anderer pandemiebedingter Sonderregelungen. Mit der Mehrheit der Stimmen von CDU/CSU-Fraktion und SPD-Fraktion stimmte der Ausschuss einem Gesetzentwurf ([19/23480](#)) der Bundesregierung zur Beschäftigungssicherung infolge der COVID-19-Pandemie in geänderter Fassung zu. Die Oppositionsfraktionen AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten mit Enthaltung.

Mit dem Gesetz sollen die Ende des Jahres auslaufenden Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld und den Hinzuverdienstregelungen bis Ende 2021 verlängert werden. Im Entwurf heißt es dazu: "Die Regelung zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes (auf 70/77 Prozent ab dem vierten Monat und auf 80/87 Prozent ab dem siebten Monat) wird bis zum 31. Dezember 2021 verlängert für alle Beschäftigten, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31. März 2021 entstanden ist. Die bestehenden befristeten Hinzuverdienstregelungen werden insoweit bis 31. Dezember 2021 verlängert, als Entgelt aus einer geringfügig entlohnten Beschäftigung, die während der Kurzarbeit aufgenommen wurde, anrechnungsfrei bleibt. Zudem wird der Anreiz, Zeiten des Arbeitsausfalls für berufliche Weiterbildung zu nutzen, dadurch weiter gestärkt, dass die für diese Fälle geregelte hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr daran geknüpft wird, dass die Qualifizierung mindestens 50 Prozent der Zeit des Arbeitsausfalls betragen muss."

Geändert wurden unter anderem Regelungen zur Lehrgangskostenerstattung, wenn Zeiten der Kurzarbeit für eine Qualifizierung genutzt werden, der Umlagesatz für die Finanzierung von Insolvenzgeld und Regelungen zum Elterngeld.

Quelle: *hib-Meldung 1259 vom 18.11.2020*

Zum BeschSiG siehe auch die [BMAS Pressemitteilung vom 20.11.2020](#)

Regelbedarfe für Menschen mit Behinderungen (Drucksache-DS:19/23938 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch)

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat am Mittwochvormittag einen Gesetzentwurf ([19/23938](#)) der FDP-Fraktion zur Änderung der Regelbedarfe im SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) abgelehnt. Mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU-Fraktion und SPD-Fraktion wurde der Entwurf abgewiesen, wohingegen sich die Fraktionen von AfD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten.

Die FDP-Fraktion wollte für Menschen mit Behinderungen, die Sozialleistungen beziehen, eine Änderung bei den monatlichen Regelbedarfen erreichen. Sie verweist in dem Entwurf auf die schwierige finanzielle Lage von Menschen mit Behinderungen, die in einer sogenannten "neuen Wohnform" oder "besonderen Wohnform" leben und Eingliederungsleistungen (gemäß SGB IX, Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) beziehen...

Quelle: *hib-Meldung 1302 vom 25.11.2020*

Bundshaushalt 2021 beschlossen (Drucksache-DS:19/22600 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021))

Der Bund kann im kommenden Jahr 498,62 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 1,9 Prozent weniger als im Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 vorgesehen, aber 85,22 Milliarden Euro mehr als im Haushaltsentwurf der Bundesregierung ([19/22600](#)) geplant. Gleichzeitig steigt die Neuverschuldung von den im Regierungsentwurf geplanten 96,2 Milliarden Euro um 83,62 Milliarden Euro auf 179,82 Milliarden Euro...

Gegenüber dem Regierungs-Entwurf steigen auch die Ausgaben im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Einzelplan 11), des nach wie vor mit Abstand größten Einzel-Etats, weiter an. Sie sollen im kommenden Jahr 164,92 Milliarden Euro betragen, im Entwurf waren es 163,98 Milliarden Euro. Die Steigerungen lassen sich im Wesentlichen auf Erhöhungen bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (plus 200 Millionen Euro), beim Arbeitslosengeld II (plus 300 Millionen Euro) und für den Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit (plus 250 Millionen Euro) zurückführen...

Quelle: *hib-Meldung 1321 vom 27.11.2020*

[Weiterlesen](#)

Arbeitsrecht

Frage nach Religionszugehörigkeit unzulässig

Die Aufforderung zur Angabe der Konfession bei der Bewerbung um eine Sekretariatsstelle beim Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche ist unzulässig. Sie begründet die Vermutung der Diskriminierung wegen der Religion.

Der Fall: Die Frau bewarb sich auf eine ausgeschriebene Stelle als Sekretärin der Geschäftsführung des evangelischen Oberkirchenrats in K. Sie gab an, konfessionslos zu sein, betonte aber zugleich, keine Vorbehalte gegen die Kirche zu haben. Sie wurde nicht genommen. Die Frau nahm nun an, wegen ihrer Konfessionslosigkeit benachteiligt worden zu sein und klagte gegen die Kirche auf Zahlung einer Entschädigung. Ihre Klage hatte Erfolg...

Arbeitsgericht Karlsruhe, [Urteil vom 18. September 2020 – 1 Ca 171/19](#)

Kurzfassung der Urteilsbegründung auf [kostenlose-urteile.de](#)

Aktuelles aus dem Internet

Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung und Sozialdienstleister-Einsatzgesetz verlängert

Die [Regelungen zum vereinfachten Zugang zu den Grundsicherungssystemen](#) sowie das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz werden über das Jahresende hinaus bis zum 31. März 2021 verlängert.

Einbeziehung schwer zu erreichender junger Menschen in die Grundsicherung – eine Erfolgsgeschichte?

Bis vor wenigen Jahren rutschten schwer erreichbare Jugendliche leicht durch die Maschen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Mit der in § 16h SGB II geschaffenen Möglichkeit einer aufsuchenden Sozialarbeit wurde ein vielversprechender Schritt unternommen, um dies zu ändern. Dies zeigen erste Befunde aus einer [IAB-Studie](#).

Minijobber/innen gelten coronabedingt als die Verlierer/innen auf dem Arbeitsmarkt

Nach der Neuregelung im Jahr 2003 haben geringfügige Beschäftigungsverhältnisse stetig an Bedeutung gewonnen. Sie machen mittlerweile einen erheblichen Anteil an allen Arbeitsverhältnissen aus. Im Dezember 2019 waren es knapp ein Fünftel. Auf etwa 4 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kam ein Minijobber. Die Anzahl der Minijobber/innen ist von 5,6 Mio. Beschäftigten im Juni 2003 auf rund 7,7 Mio. im Dezember 2019 angestiegen. Doch die Corona-Krise dämpft diese Entwicklung deutlich ab, stellt das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in seinem ["Thema des Monats"](#) fest.

Betriebliche Ausbildung trotz Erschwernissen in der Covid-19-Krise robuster als erwartet

Die Covid-19-Pandemie hat weitreichende Konsequenzen für die Wirtschaft und stellt die Betriebe auch vor Herausforderungen bei der Ausbildung. So erschweren Kurzarbeit, Homeoffice und Betriebsschließungen die Betreuung von Auszubildenden und das Lernen im Betrieb. Zudem besteht die Gefahr, dass Betriebe angesichts unsicherer Geschäftserwartungen und finanzieller Engpässe ihr Angebot an Ausbildungsstellen zurückfahren oder weniger Ausbildungsabsolventen als geplant übernehmen. Wie eine Betriebsbefragung des IAB zeigt, wirkt sich die Krise zwar durchaus auf die betriebliche Ausbildung aus. Die negativen Effekte sind bislang jedoch weniger gravierend als teilweise erwartet.

[Weiterlesen](#) im Online Magazin "IAB-Forum"

Wissen und Tipps für die erfolgreiche Arbeit mit Auszubildenden

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat in seinem Portal für Ausbilderinnen und Ausbilder <http://www.foraus.de> ein neues Online-Angebot für ausbildende Fachkräfte veröffentlicht. Der Online-Leitfaden soll ausbildenden Fachkräften Hinweise und Impulse für den Umgang mit Auszubildenden geben und Lernprozesse erleichtern.

[Weiterlesen](#)

Berufsausbildung in Kleinstbetrieben

[Berufsausbildung in Kleinstbetrieben](#) - dazu schreibt das Institut für Mittelstandsforschung (IfM Bonn): "Ausbildungsbereitschaft ist höher als amtliche Statistiken aufzeigen."

Inklusion ins Erwerbsleben: Niemand darf wegen einer Behinderung benachteiligt werden

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in das Erwerbsleben schreitet voran. Aber oft bestimmen noch Vorurteile und mangelhaftes Wissen über Behinderungen das Denken vieler Menschen. Es geht darum, Vorurteile auszuräumen und für ein Verständnis von Behinderung zu sensibilisieren, das nicht von Defiziten ausgeht, sondern von unausgeschöpften Potenzialen.

[Weiterlesen](#) im Online Magazin "IAB-Forum"

“Aktion Mensch“: Downloads & Linksammlung

Unter: <https://www.aktion-mensch.de> bietet die "Aktion Mensch" wertvolle Downloads und Links für Arbeitgeber, Unternehmen und Organisationen, die Menschen mit Behinderung einstellen möchten oder bereits beschäftigen.

Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt: ein amerikanisches Instrument zur Analyse der Barrierefreiheit

Seitdem vor 30 Jahren das amerikanische Gesetz zur Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet wurde, haben die Themen Diversity, Inklusion und Barrierefreiheit in den USA einen großen Aufschwung erfahren. Jetzt hat die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) ein [amerikanisches Instrument zur Analyse der Barrierefreiheit](#) als vorbildlich auch für Unternehmen in Deutschland vorgestellt - ein Kurzbericht des IW Köln.

Armut mindert Zukunftschancen

Jugendarmut beschneidet die Entwicklungs- und Teilhabechancen junger Menschen erheblich und oft dauerhaft. Zusätzlich werden sie in der Corona-Pandemie durch mangelnde digitale Teilhabe abgehängt, was ihre Aussichten auf eine gute Berufsausbildung noch weiter verschlechtert. Dies sind die wichtigsten Erkenntnisse des ["Monitors Jugendarmut"](#), den die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) vorlegte. Darin stellt der Verband alle zwei Jahre Daten und Fakten zur Situation benachteiligter junger Menschen zwischen 14 und 27 Jahren zusammen.

Verdienste nach Berufen: Interaktiver Gehaltsvergleich ist online

Der neue [interaktive Gehaltsvergleich](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) berücksichtigt auch den Einfluss von Branche, Berufserfahrung und weiterer Faktoren auf den Verdienst. Siehe dazu auch die [Pressemitteilung Destatis](#).

Von 450 auf 600 Euro: Warum die Anhebung der Minijobgrenze eine Katastrophe wäre

Sie haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld, werden schneller gekündigt und sind auch sonst sozial kaum abgesichert - trotzdem wollen Union und FDP die Minijobs massiv ausweiten, indem sie die Verdienstgrenze von 450 auf 600 Euro anheben. Damit würden allein 470.000 Menschen, die jetzt noch regulär beschäftigt sind, sofort unfreiwillig zu Minijobbern. [Weiterlesen](#) im DGB Newsletter vom 09.11.2020

Veröffentlichungen**IAB Kurzbericht 22/2020: Mitgliedschaften in Vereinen und Hilfe bei Alltagsproblemen können Jobchancen erhöhen**

Können Familie, Freunde und Bekannte bei der Bewältigung von Alltagsproblemen wie Geldknappheit oder familiären Konflikten helfen, steigen die Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen. Dies zeigt eine [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), in der die Bedeutung sozialer Kontakte für die Arbeitsaufnahme von Langzeitarbeitslosen analysiert wurde.

Teilhabechancen auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt nach § 16e und 16i SGB II

Durch die Aufnahme eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses und durch eine ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung soll sehr arbeitsmarktfernen, häufig langzeitarbeitslosen Menschen soziale Teilhabe ermöglicht werden. Die neuen bzw. neugefassten Instrumente nach § 16 e und 16 i SGB II zielen darauf ab Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen.

Der [Bericht](#) der Bundesagentur für Arbeit beleuchtet in Kürze die Entwicklung bei den Förderzahlen, Strukturmerkmale der Geförderten sowie regionale Schwerpunkte.

Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt in Krisenzeiten

Als Instrument des so genannten Teilhabechancengesetzes soll der § 16i SGB II seit dem 1.1.2019 die [Teilhabe von Langzeitleistungsbeziehenden](#) fördern. Dabei geht es um Personen, die in der Regel innerhalb der letzten sieben Jahre sechs Jahre Arbeitslosengeld II bezogen haben, unabhängig davon, ob sie arbeitslos waren oder nicht. Seit August 2019 gehen die monatlichen Zugänge bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt kontinuierlich zurück. Diese Entwicklung hat bereits vor der Corona-Pandemie eingesetzt.

Quelle: bag arbeit e.V.

IAB-Kurzbericht 23/2020: Bewertung der Betreuung und Beratung in den Jobcentern: Leistungsberechtigte bedürfen oft besonderer Unterstützung

Eine der wesentlichen Herausforderungen der Jobcenter-Betreuung sind die sehr heterogenen Bedarfe der Leistungsberechtigten. Der [IAB-Kurzbericht](#) zeigt für bestimmte Gruppen von Leistungsberechtigten mit und ohne Verpflichtung zur Arbeitsuche, wie sich der Kontakt zum Jobcenter gestaltet und wie sie diesen wahrnehmen. In der Studie werden Leistungsberechtigte betrachtet, die nicht beschäftigt sind oder allenfalls einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Dabei stehen Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, solche mit Kinderbetreuungs- und Pflegeaufgaben sowie solche ohne Berufsabschluss im Fokus. Auf Basis der Haushaltsbefragung 'Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung' (PASS) zeigt sich: Mehr als zwei Drittel der Befragten schätzen ihr Verhältnis zum Jobcenter als eher positiv ein. Allerdings hält nur knapp ein Drittel die Jobcenter-Betreuung für geeignet, ihnen angesichts ihrer Vermittlungshemmnisse und individuellen Problemlagen neue berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Situation am Ausbildungsmarkt

In der aktuellen BA-Publikation "[Situation am Ausbildungsmarkt](#)" ist unter anderem zu lesen, dass sich im Beratungsjahr 2019/20 bei den gemeldeten Ausbildungsstellen und bei den gemeldeten Bewerber/innen spürbare Rückgänge zeigten, wobei auf die Corona-Krise nur ein Teil zurückzuführen war. Diese Rückgänge fielen auf beiden Marktseiten in etwa gleich hoch aus (Bewerber/innen -39.000, betriebliche Ausbildungsstellen -41.000).

Coronakrise: Jugendarbeitslosigkeit steigt an

Nachdem die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland in den vergangenen fünfzehn Jahren deutlich gesunken ist, könnte sie jetzt um bis zu 40 Prozent ansteigen, zu diesem Ergebnis kommen aktuelle Analysen des [Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie](#) (FiBS).

Die [Studie](#) zeigt einerseits, dass die Jugendarbeitslosigkeit über alle Qualifikationsniveaus hinweg bei jungen Männern wie Frauen deutlich rückläufig ist. Andererseits wird deutlich, dass in Krisenzeiten fast ausschließlich die Arbeitslosigkeit junger Männer ansteigt, während die der jungen Frauen zum Teil sogar weiter sinkt. Dies gilt über alle Qualifikationsgruppen hinweg. Relativ gesehen sind Hochschulabsolventen und beruflich Qualifizierte stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, allerdings sind die Zukunftsaussichten für geringqualifizierte junge Menschen besonders ungünstig.

Quelle: Jugendsozialarbeit News vom 02. November 2020

BWP 4/2020: Kooperation der Lernorte

Berufliches Lernen findet an unterschiedlichen Orten statt. Neben den klassischen Lernorten – Schule, Betrieb, überbetriebliche Einrichtungen – kommen weitere Akteure in den Regionen oder im Hochschulbereich hinzu. Zudem erfolgt Lernen zunehmend digital. Dies bietet für die [Kooperation von Lernorten](#) Potenziale, aber auch Herausforderungen. Neue Konzepte und Kooperationsformen gilt es zu etablieren, die das berufliche Lernen weiter profilieren. Hierzu gibt die neue Fachzeitschrift BWP 4/2020 (Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis) Denkanstöße und stellt Beispiele guter Praxis vor.

Digitale Medien in Betrieben - heute und morgen

Der digitale Transformationsprozess in der Arbeits- und Berufswelt ist in vollem Gange und wirkt sich ebenso auf die Berufsbildung aus. Wie schnell verändert sich der Einsatz digitaler Medien im Betriebsalltag sowie in der Aus- und Weiterbildung in den einzelnen Branchen und unterschiedlichen Betriebsgrößen, wo liegen die Herausforderungen und welchen Handlungs- und Modernisierungsbedarf gibt es vier Jahre nach der ersten Untersuchung? Die [zweite repräsentative Betriebsbefragung](#) gibt Aufschluss über die derzeitige Nutzung und Einbindung digitaler Medien in den betrieblichen Arbeitsprozessen sowie in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland. Ein Überblick

Wie grenzen sich diese Bildungsgänge voneinander ab? Worin liegen die Unterschiede? Wie definiert sich der Begriff "Beruf" überhaupt? Wie lassen sich Berufe klassifizieren? Welche Qualifizierungswege bietet das deutsche Bildungssystem? Welche Bildungsgänge gibt es in der beruflichen Erstausbildung?

Die GOVET-[Broschüre](#) (GOVET, die Zentralstelle der Bundesregierung für internationale Berufsbildungskooperation im Bundesinstitut für Berufsbildung) bietet Einblicke in Ausbildungsarten und -stufen sowie Berufsbezeichnungen. Sie gibt dabei einen systematischen Überblick über die Berufs- und Ausbildungslandschaft in Deutschland. Neben der Erstausbildung werden auch die Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung thematisiert. Die unterschiedlichen Abschlüsse werden dabei in die Stufen des Deutschen Qualifikationsrahmens eingeordnet.

Paritätischer Armutsbericht 2020: Armut in Deutschland auf Rekordhoch

Laut aktuellem Paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9 Prozent (rechnerisch 13,2 Millionen Menschen) einen neuen traurigen Rekord und den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnt in der Studie, dass alles darauf hindeute, dass die Auswirkungen der Corona-Krise Armut und soziale Ungleichheit noch einmal spürbar verschärfen werden. Der Verband wirft der Bundesregierung eine "armutspolitische Verweigerungshaltung" vor und fordert unter der Überschrift "Gegen Armut hilft Geld" eine sofortige Anhebung der finanziellen Unterstützungsleistungen für arme Menschen sowie armutsfeste Reformen der Sozialversicherungen.

[Weiterlesen](#) und Download des Berichtes in der DPWV Pressemitteilung vom 20.11.2020

Entwicklung von Teilqualifikationen

Teilqualifikationen (TQ) eröffnen neue Wege zum formalen Abschluss. Im besten Fall decken die Module einer Teilqualifikationskette alle praxisrelevanten und curricularen Inhalte des jeweiligen Ausbildungsberufes ab. Doch wie gelingt es, eine Teilqualifizierung zu entwickeln, die diesen Ansprüchen genügt? Eine Antwort darauf liefert die [Handreichung](#) der Bertelsmann Stiftung

DGB-Studie zu Teilqualifikationen: Geringe Wirksamkeit und begrenzte Relevanz

Die DGB-Studie zeigt, dass [Teilqualifikationen](#) eine geringe Wirksamkeit und Relevanz haben und nicht erfolgreicher als andere Umschulungen sind. Sie bleiben ein "Fremdkörper im Qualifizierungssystem", schreibt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Acht Millionen Niedriglohnjobs im Jahr 2018

Gut jede und jeder fünfte abhängig Beschäftigte (21 %) in Deutschland arbeitete im April 2018 im [Niedriglohnssektor](#). Damit wurden rund acht Millionen Jobs unterhalb der Niedriglohnschwelle (11,05 Euro brutto je Stunde) entlohnt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, waren das 393 000 Jobs mehr als im April 2014. Der Anteil der niedrigentlohnenden Jobs an allen Beschäftigungsverhältnissen blieb unverändert.

Niedriglohnsektor in Deutschland: Enorme Spanne zwischen den Ländern

Die Arbeit für wenig Geld ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Zwischen den Bundesländern ist die [Spanne der Niedriglöhne](#) extrem groß. Nordrhein-Westfalen (22,8 Prozent) liegt 1 Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt von 21,8 Prozent Anteil von Geringverdienern unter allen Beschäftigten. Das zeigen aktuelle Berechnungen aus dem Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen).

Digitalisierung im Arbeitsalltag von Beschäftigten: Konsequenzen für Tätigkeiten, Verhalten und Arbeitsbedingungen

Die Forschungsstudie "Arbeitsqualität und wirtschaftlicher Erfolg" zielt darauf, mögliche Zusammenhänge zwischen der Arbeitsqualität der Beschäftigten und dem wirtschaftlichen Erfolg von Betrieben zu untersuchen.

Es handelt sich um eine Längsschnittstudie, in der in vier Befragungswellen seit 2012 jeweils eine Betriebs- und eine Beschäftigtenbefragung durchgeführt wird.

Im Sonderbericht "[Digitalisierung](#)" wird die Nutzung von ausgewählten digitalen Methoden in privatwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten dargestellt.

Handbuch zur Arbeitsmarktintegration

Das Handbuch "[Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten](#)" der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) gibt Anregungen für den Abbau bürokratischer Hürden, für Verbesserungsbedarfe beim Verwaltungsvollzug und für eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitsmarktakteure

Veranstaltungen

Arbeit mit Social Media - Ein Muss? Viele Features, viele Fragen

Stories, Reels, IGTV und DMs - Wer bei Facebook und Instagram heutzutage durchblicken möchte, muss mehr als die üblichen "Beiträge" kennen. Einfach drauf los posten ist schon lange out. Deswegen zeigen wir in einem zweistündigen Online-Seminar die wichtigsten Funktionen von Facebook und Instagram und wie man welche Features und Medien am effektivsten kombiniert. Das Online-Seminar basiert auf eigener Berufserfahrung aus dem Bereich der Unternehmenskommunikation eines Wohlfahrtsverbandes.

Termin und Ort: **Dienstag, den 01. Dezember 2020.** – Online. Keine Teilnahmegebühren.

[Programm](#) und [Anmeldeformular](#)

Veränderungsmanagement als Prozess - Veränderungen in NPOs verstehen und fördern

Gesellschaftspolitische Organisationen müssen auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren. Die Anpassungs- und Innovationsfähigkeit einer Organisation, einer Gruppe oder eines Netzwerkes ist von entscheidender Bedeutung für die Wirkfähigkeit dieser Organisation. Doch oft versanden Projekte, kommen neue Ideen nicht zur Wirkung, die Anregung zur Veränderung bleibt aus oder ist nicht nachhaltig genug. Wodurch wird Veränderung ausgelöst, welche Faktoren begünstigen Veränderung, welche erschweren Veränderung? Kann ich Veränderung managen, wie kann ich Einfluss nehmen?

Termin und Ort: 07./08. Dezember – Online. Teilnahmegebühr 80 Euro.

[Programm und Anmeldung](#)

SINUS und Jugendsozialarbeit – Jugendliche Lebenswelten

Das Seminar richtet seinen Fokus auf die Lebenswelten der Jugendlichen, die den Kern der Zielgruppe der Jugendsozialarbeit bilden. Das digitale Seminar bietet die Möglichkeit, die Inhalte der SINUS-Jugendstudie kennenzulernen, nachzufragen und zu diskutieren. Außerdem werden in Übungen Möglichkeiten zur Nutzung der Erkenntnisse der Studie erprobt.

Termin und Ort: 15. Dezember 2020 – Online

[Informationen und Anmeldung](#)